



Regionalplan Bodensee- Oberschwaben

Änderung des Regionalplans
im Raum
Friedrichshafen / Immenstaad a.B.

Planentwurf gem. Satzungsbeschluss der
Verbandsversammlung vom 03.04.2009

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben
Hirschgraben 2 88214 Ravensburg
Telefon 0751 36354-0 Telefax 0751 36354-54
eMail info@bodensee-oberschwaben.de
homepage www.bodensee-oberschwaben.de

Kap. 3 Regionale Freiraumstruktur

Der vorliegende Planentwurf zur Änderung des Regionalplans 1996 im Raum Friedrichshafen / Immenstaad a.B. umfasst folgende Festlegungen:

Plansatz 3.2.2 Regionale Grünzüge

Neuabgrenzung der Regionalen Grünzüge im Raum Friedrichshafen / Immenstaad a.B. wie in beiliegendem Kartenausschnitt dargestellt,
keine textliche Änderung des Plansatzes.

Plansatz 3.2.3 Grünzäsuren

Neuausweisung einer Grünzäsur südlich der Ortslage Friedrichshafen-Kluftern wie in beiliegendem Kartenausschnitt dargestellt;
zudem wird im Textteil zu Plansatz 3.2.3, Abs. 2 die Liste der Grünzäsuren wie folgt ergänzt:

"15 südlich der Ortslage Kluftern"

Plansatz 3.3.2 Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege

(entspricht den Schutzbedürftigen Bereichen für Naturschutz und Landschaftspflege)

Neuabgrenzung der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege im Raum Friedrichshafen / Immenstaad a.B. wie in beiliegendem Kartenausschnitt dargestellt,
keine textliche Änderung des Plansatzes.

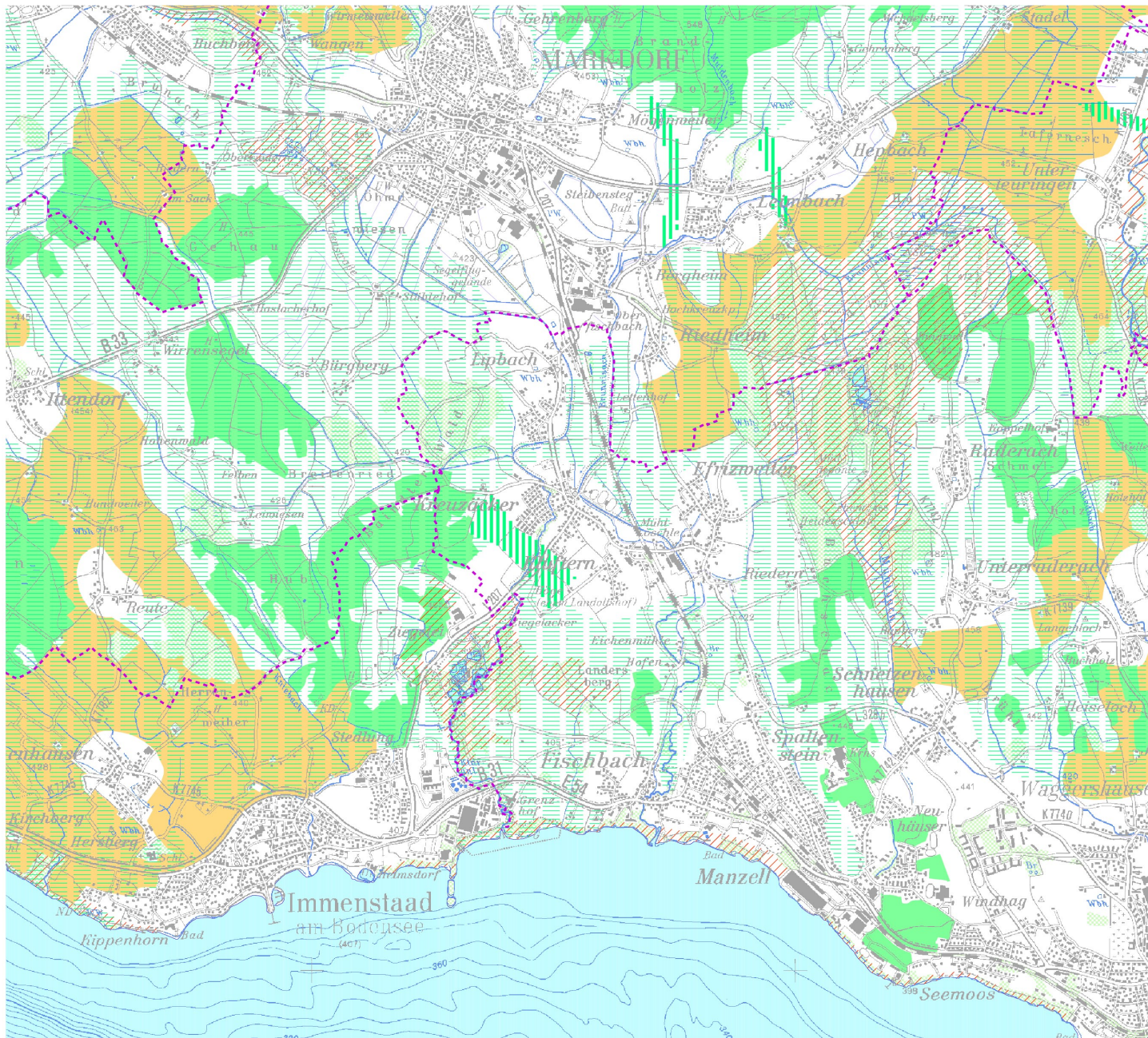
Regionalplan Bodensee-Oberschwaben 1996







Kap. 3 Regionale Freiraumstruktur

(ohne Festlegungen zur Rohstoffsicherung)

Änderung der Raumnutzungskarte

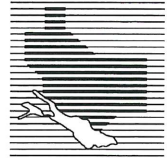
im Raum Friedrichshafen / Immenstaad a.B.



-  Regionaler Grünzug (Vorranggebiet)
-  Grünzäsur (Vorranggebiet)
-  Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege *
-  Vorranggebiet für die Landwirtschaft *
-  Vorranggebiet für die Forstwirtschaft *
-  Vorranggebiet zur Sicherung von Wasserkommen *

M 1 : 50.000

* Entsprechend den Maßgaben des Landesplanungsgesetzes i.d.F. vom 11.08.2003 sowie den Zielsetzungen des Regionalplans 1996 wird der Begriff "Vorranggebiet" hier synonym für den Begriff "Schutzbedürftiger Bereich" verwendet.



Satzung

des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben über die Feststellung der Änderung des Regionalplans 1996 im Raum Friedrichshafen / Immenstaad a.B.

Die Verbandsversammlung hat am 3. April 2009 aufgrund von § 12 Abs. 10 des Landesplanungsgesetzes (LplG) in der Fassung vom 10. Juli 2003 (GBl. S. 385), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Oktober 2008 (GBl. S. 338), folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Änderung des Regionalplans 1996 durch Neuabgrenzung der Regionalen Grünzüge und der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (entspricht den Schutzbedürftigen Bereichen für Naturschutz und Landschaftspflege) sowie durch die Ausweisung einer Grünzäsur zur Sicherung des Freiraums südlich der Ortslage Kluftern wird - wie im Änderungsentwurf in Text und Karte dargestellt (Anlage zu dieser Satzung) - festgestellt.

§ 2

Diese Satzung tritt aufgrund der öffentlichen Bekanntmachung der Erteilung der Genehmigung des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg in Kraft.

Durch die öffentliche Bekanntmachung werden die geänderten Ziele verbindlich.

Ravensburg, den 3. April 2009


Grasselli
Verbandsvorsitzender

Begründung

1 Veranlassung

Dank der positiven konjunkturellen Entwicklung in den letzten Jahren sowie in Folge der Selbstständigkeit der TOGNUM AG seit 2005 ist die TOGNUM-Tochtergesellschaft MTU Friedrichshafen in jüngster Vergangenheit überdurchschnittlich stark gewachsen. Allein die Produktion großer Dieselmotoren hat sich in dieser Zeit von jährlich 4.200 im Jahr 2005 auf 7.200 im Jahr 2008 nahezu verdoppelt. Mittelfristig gesehen ist am Standort Friedrichshafen auch bei sich abschwächender Konjunktur die Produktion von ca. 10.000 Motoren pro Jahr geplant. Zudem wächst das Geschäft mit Ersatzteilen und der Wartung von Motoren und Betriebsanlagen mit einer Steigerungsrate von mind. 12 % p.a.. Aufgrund dieser Produktionssteigerung hat sich der logistische Aufwand für das Unternehmen ebenfalls stark erhöht. Zur Zeit wickelt die MTU ihre Logistik an über 10 größeren und kleineren Standorten in der Region ab.

Mit der Errichtung eines **Materialwirtschaftszentrums** (MWZ) ist das Unternehmen bemüht, die Vielzahl kleiner Logistikeinrichtungen an einem Standort zu bündeln, um so die betriebswirtschaftliche Effizienz zu erhöhen und den Verkehr sowie die damit verbundenen Transportkosten und die negativen Folgen für die Umwelt zu senken. Das seitens der MTU angedachte MWZ nimmt mit rund 8,5 ha Flächenbedarf zzgl. 2 ha potenzieller Erweiterungsfläche, also insgesamt ca. 10,5 ha, beachtliche Dimensionen ein, welche innerhalb der Region Bodensee-Oberschwaben in dieser Größenordnung bisher bei keinem Logistikunternehmen (z.B. Dachser, Grieshaber) erreicht wurden.

Da aufgrund der konjunkturellen Entwicklung der letzten Jahre größere planungsrechtlich gewidmete Gewerbeflächen ausgesprochen rar sind, verfolgte die MTU vor dem Hintergrund einer raschen Realisierung zunächst eine Ansiedlung des MWZ in der Gemeinde Salem. Hier steht grundsätzlich eine etwa 10 ha zusammenhängende Gewerbefläche zur Verfügung. Die Gemeinde ihrerseits führte zudem die entsprechenden Gemeinderatsbeschlüsse herbei. Aus der Bürgerschaft heraus bildete sich jedoch ein Widerstand, der über die Gründung einer Bürgerinitiative zu einem Bürgerentscheid am 27.04.2008 führte. In einem denkbar knappen Ergebnis von knapp 51 % Gegenstimmen und etwas über 49 % Stimmen für den Standort wurde die Realisierung des Materialwirtschaftszentrums in Salem abgelehnt.

Da mit dem Scheitern der Ansiedlung des Materialwirtschaftszentrums in Salem eine Realisierung des MWZ nicht mehr zeitnah zu verwirklichen ist, zieht die MTU zwischenzeitlich die Planungen für ein **Montagewerk der Motoren-Baureihe 1600** in ihre Standortsuche mit ein. Die Montage dieser Baureihe innerhalb der bisherigen Werksgelände in Friedrichshafen scheidet wegen fehlender räumlicher Kapazitäten aus. Der Flächenbedarf liegt hier bei ca. 10 ha.

Grundsätzlich kann die Realisierung des Materialwirtschaftszentrums und des Montagewerks an unterschiedlichen Standorten erfolgen. Bei der Realisierung der beiden Einrichtungen an einem Standort lässt sich jedoch der Flächenbedarf von insgesamt 22 ha auf etwa 18 ha reduzieren.

2 Antrag der Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen-Immenstaad

Nach einer intensiven Standortsuche innerhalb ihres Gemeindegebietes hat die Stadt Friedrichshafen der MTU zwischenzeitlich einen Standort südlich Kluftern angeboten, der sowohl für die Ansiedlung des Materialwirtschaftszentrums als auch für die Errichtung eines Montagewerks grundsätzlich die notwendige Standorteignung besitzt. Gleichzeitig konnte mit der Gemeinde Immenstaad Einigkeit über die Ausweisung eines interkommunalen Gewerbegebiets erzielt werden, das neben den Flächen für die MTU (s.o.) noch weitere Flächen für die Ansiedlung von Gewerbe vorsieht.

Von der geplanten Ausweisung des Gewerbegebiets Friedrichshafen-Kluftern Süd / Immenstaad-Steigwiesen sind insgesamt ca. **26 ha Regionaler Grünzug** und ca. **6 ha Schutzbedürftiger Bereich für Naturschutz und Landschaftspflege** betroffen. Ferner soll in Wald eingegriffen werden, der im rechtskräftigen Regionalplan als **Schutzbedürftiger Bereich für die Forstwirtschaft** ausgewiesen ist. In mehreren Gesprächen der zuständigen Behörden, zuletzt am 24.07.2008, wurde insbesondere seitens der Höheren und der Obersten Raumordnungsbehörde deutlich gemacht, dass angesichts des Ausmaßes der Betroffenheit regionalplanerischer Festlegungen die Grundzüge der Planung betroffen sind und damit eine Änderung des Regionalplans zwingend erforderlich sei.

Mit Schreiben vom **04.08.2008** (Posteingang: 15.08.2008) hat daher die Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen-Immenstaad den **Antrag auf Änderung des Regionalplans** im Bereich Friedrichshafen-Kluftern Süd / Immenstaad-Steigwiesen gestellt, um so die raumordnungsrechtlichen Voraussetzungen für den Vollzug der Bauleitplanung zu schaffen.

3 Planungsrechtliche Voraussetzungen für eine Änderung des Regionalplans

"Die Aufstellung räumlicher und sachlicher Teilpläne sowie eine **sonstige Änderung des Regionalplans** sind zulässig, soweit wichtige Gründe es erfordern und wenn gewährleistet bleibt, dass sich der Teilplan oder die Änderung nach dem Stand der Arbeiten am Regionalplan in die beabsichtigten Festlegungen des Regionalplans zur Siedlungsstruktur, zur Freiraumstruktur und zur Infrastruktur nach § 11 einfügt." (§ 12 Abs. 1 Satz 2 LplG i.d.F. vom 10.07.2003, zuletzt geändert am 14.10.2008)

Gem. § 2a Landesplanungsgesetz ist für die beabsichtigte Planänderung "eine **Umweltprüfung** im Sinne der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (ABl. EG Nr. L 197 S. 30) durchzuführen". Dabei sind "unter Berücksichtigung der Zielsetzungen und des räumlichen Geltungsbereichs des Plans" "die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen, die die Verwirklichung des Plans auf die Umwelt hat, sowie anderweitige Planungsmöglichkeiten" in einem Umweltbericht darzustellen und zu bewerten (§ 2a Abs. 2 LplG). Die Ergebnisse des Umweltberichts "sind in die Abwägung einzubeziehen" (§ 3 Abs. 2 LplG).

4 Prüfung möglicher Planungsalternativen

Die Prüfung und Bewertung möglicher Planungsalternativen ist Kernstück des regionalplanerischen Änderungsverfahrens und zwingende Voraussetzung für eine Änderung der rechtskräftigen Festlegungen. Im Sinne von Artikel 5 Abs. 1 der EU-Richtlinie wurden im vorliegenden Verfahren zunächst in zwei Arbeitsschritten "vernünftige", d.h. den Anforderungen der geplanten Maßnahme sowie den Zielsetzungen der Raumordnung entsprechende Planungsalternativen ermittelt (**raumordnerisch begründete Vorauswahl**), die dann in einem dritten Schritt eine **vertiefte Alternativenprüfung** durchliefen. Neben der Untersuchung der Umweltauswirkungen (Umweltbericht - Anlage 1) erfolgte hierbei auch eine Beurteilung weiterer raumordnerisch relevanter Gesichtspunkte (Anlage 2).

4.1 Auswahl der vertieft zu untersuchenden Standortalternativen

(raumordnerisch begründete Vorauswahl)

Zur Auswahl der vertieft zu untersuchen Standortalternativen wurden im ersten Planungsschritt alle Standorte ausgeschlossen, die aufgrund entgegenstehender, unüberwindbarer rechtlicher Festsetzungen nicht realisiert werden können (normative Ausschlusskriterien), und solche, die die betrieblichen Mindestanforderungen nicht erfüllen (vorhabensbezogene Ausschlusskriterien).

Entsprechend dem am 24.09.2008 vereinbarten Untersuchungsrahmen wurden folgende **normative Ausschlusskriterien** angewendet:

- Bauhöhenbeschränkungen, die die Errichtung der geplanten Betriebsgebäude nicht zulassen (hier: zulässige Höhen kleiner 17 m);
- rechtskräftige oder verfestigte Festlegungen der Bauleitplanung und der Fachplanungen (z.B. linien- oder planfestgestellte Trassen bzw. Korridore), die aufgrund anderweitiger Zielsetzungen die geplante Maßnahme ausschließen (direkte flächige Betroffenheit);
- rechtskräftige oder im Verfahren befindliche Schutzgebiete nach Naturschutz-, Wald- oder Wasserrecht (z.B. NSG, FFH-Gebiete, Bannwald, WSG, rechtlich festgesetzte Überschwemmungsgebiete), die die geplante Maßnahme ausschließen (direkte flächige Betroffenheit).

Des weiteren führten gemäß Beschluss der Verbandsversammlung am 19.09.2008 und mit Zustimmung der im Rahmen des Scopings beteiligten Behörden am 24.09.2008 folgende **vorhabensbezogene Ausschlusskriterien** zur Eingrenzung möglicher Standortalternativen:

- **Flächengröße und -zuschnitt:** Die Flächengröße der Planungsalternativen (einschließlich Erschließung) muss im Minimum **18 ha** betragen. Zwar ist alternativ die Suche von zwei Standorten von je ca. 11 ha denkbar (Materialwirtschaftszentrum und Montagewerk an getrennten Standorten), zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme ist jedoch die Realisierung beider Einrichtungen an einem Standort sinnvoll, da sich dadurch der Flächenbedarf um ca. 4 ha reduzieren lässt (gemeinsam nutzbare Betriebseinrichtungen, Reduktion der Verkehrsflächen). Die betrieblich notwendige **Mindestbreite** des Grundstücks darf **250 m** nicht unterschreiten.
- **Topographie:** Da es sich sowohl beim Materialwirtschaftszentrum als auch beim Montagewerk um ausgesprochen große Gebäude handelt, bei denen die Betriebsabläufe zwingend auf einer Ebene ablaufen müssen, darf die durchschnittliche Neigung des Geländes **5 %** nicht überschreiten. Außerdem darf das Gelände keine gravierenden Geländesprünge aufweisen. Bei steilerem und stärker reliefiertem Gelände wäre der Abgrabungsaufwand sowie der Eingriff in die Landschaft nicht zu vertreten.
- **Verkehrsanbindung:** Sowohl aus betrieblichen sowie aus ökologischen Überlegungen sollte insbesondere wegen der logistischen Funktion des MWZ der Standort in der Nähe der beiden MTU-Werke in Friedrichshafen liegen, d.h. die Entfernung zu diesen Werken sollte nicht mehr als 25 - 30 km betragen. Im Extremfall ist eine **maximale Entfernung** von **35 km** tragbar. Diese Entfernung bestimmt den **Suchraum** innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben (s. Karte 1).

Ergänzend zu den genannten Kriterien wurden zusammenhängende **Waldflächen** bereits ebenfalls während des ersten Auswahlsschrittes ausgeschieden, da aufgrund des Ausmaßes der geplanten Maßnahme ein Ausgleich an anderer Stelle zu erheblichen Schwierigkeiten führen

würde. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass angesichts der grundsätzlich bestehenden Alternativen im Untersuchungsgebiet die Genehmigung der Waldumwandlung voraussichtlich nicht erteilt würde (vgl. § 9 LWaldG).

Als Ergebnis dieses ersten Planungsschritts und unter Berücksichtigung der im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach. § 12 Abs. 2 und 3 LplG vorgeschlagenen Standortalternativen wurden innerhalb des "35 km - Suchraums" insgesamt **65 theoretisch mögliche Standortalternativen** ermittelt, die die Anforderungen an das von der MTU geforderte Flächenlayout erfüllen, vom Relief des Geländes her grundsätzlich geeignet sind und keinem der generell gültigen normativen Ausschlusskriterien widersprechen (s. Abb. 1).

In einem zweiten Schritt wurden diese Standorte einer **Einzelfallprüfung** unterzogen, wobei **weitere raumordnerisch begründete Kriterien** zur Anwendung kamen. In der nachstehenden Auflistung sind neben den Kriterien selber auch die Standortalternativen vermerkt (Lage der Standorte s. Abb 1), bei dem das jeweilige Kriterium zum Ausschluss führte. Im Einzelnen wurden folgende Standorte als mögliche anderweitige Planungsalternativen ausgeschieden:

- Standorte, bei denen bereits ein Bürgerentscheid gem. § 21 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg zur Ablehnung des geplanten Vorhabens führte.
(Standort Nr. 36 gem. Bürgerentscheid vom 27.04.2008, Gemeinde Salem).
- Standorte, bei denen nach Überprüfung der Fahrzeiten mit einem Routenplaner für Lastkraftwagen (Näheres s. Anlage 2) eine einfache Fahrtzeit von 50 min überschritten wird. Dies entspricht unter Berücksichtigung eines Sicherheitszuschlags von 20% einer i.d.R. gesicherten Fahrtzeit von einer Stunde und muss im Sinne einer "vernünftigen" Planungsalternative als absolute Obergrenze angesehen werden. Abweichend von dieser Regel wurde der Standort Nr. 9 Baienfurt mit einer geringfügig höheren Fahrzeit in der Auswahl belassen, da wegen der bevorstehenden Realisierung des Knotens B30 - Niederbiegen mit einer signifikanten Verkürzung der Fahrtzeit gerechnet werden kann.
(Standorte Nr. 36, 44 - 49, 53, 58, 60, 61)
- Standorte, bei denen unter Berücksichtigung definierter Mindestabstände zu den benachbarten Siedlungsflächen kein geeigneter Flächenzuschnitt mehr möglich ist. In Anlehnung an den Abstandserlass von Nordrhein-Westfalen wird als Mindestabstand zu Wohnbaubauflächen 200 m, bei Mischbauflächen 100 m zugrundegelegt. Bei Außenbereichsbebauungen wird ebenfalls ein Mindestabstand von 100 m berücksichtigt, wenn diese siedlungsstrukturell von eigenem Gewicht sind. Nicht berücksichtigt werden hingegen Einzelhausbebauungen und alleinstehende Gehöfte. In einem Falle war zudem der notwendige Sicherheitsabstand zur nahegelegenen Justizvollzugsanstalt von 60 m zu berücksichtigen.
(Standorte Nr. 12, 13, 16, 25, 28, 34, 41, 62, 64)
- Standorte im unmittelbaren Umfeld von Baudenkmalen (Denkmalschutz).
(Standort Nr. 18)
- Standorte in Grünzäsuren des Regionalplans 1996. Grünzäsuren sind letzte verbliebene Freiräume zwischen zusammenwachsenden Siedlungskörpern, die aufgrund ihrer vielfältigen Funktionen (u.a. städtebauliche Gliederung, Naherholung, Frischluftschneisen) unbedingt von Bebauung freizuhalten sind. Es handelt sich hier um bedeutsame Kernbereiche der regionalen Freiraumstruktur.
(Standort Nr. 54)
- Standorte, bei denen übergeordnete raumordnerische Zielsetzungen der geplanten Maßnahme entgegenstehen (Landesentwicklungsplan 2002, PS 3.1.5 - Gemeinden mit Eigenentwicklung, PS 5.1.2 - Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume,

PS 6.2.4 - besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Bodenseeraum, u.a. Freihaltung der engeren Uferzone von weiterer Bebauung und Verdichtung)
(Standort Nr. 65 gem. PS 3.1.5 LEP 2002)
(Standorte Nr. 24, 26, 27, 29 - 31 gem. PS 5.1.2 LEP 2002)
(Standort Nr. 11 gem. PS 6.2.4 LEP 2002)

- Standorte in Gebieten, die aufgrund regionaler Freiraumkonzepte als Freiraum zu erhalten und zu entwickeln sind. Vorrangig zu nennen sind hier die Landschaftsparkkonzepte für den östlichen und westlichen Bodenseeraum der Region Bodensee-Oberschwaben (hier insbesondere Masterplan "Biotopverbund Bodensee" des Landschaftsparks Bodensee-Linzgau sowie das Regionale Entwicklungskonzept "Landschaftspark Bodensee-Oberschwaben"). Bei den genannten Konzepten besteht breiter regionaler Konsens über die Freihaltung dieser Freiräume von Bebauung.
(Standorte Nr. 17, 21, 22 - Kerngebiet des Landschaftsparks Bodensee-Oberschwaben)
(Standorte Nr. 15, 35, 37, 39, 40, 43 - Projekt "Biotopverbund Bodensee")
- Standorte auf Potenzialflächen für ökologische Ausgleichsmaßnahmen und mit besonderer Bedeutung für den großräumigen Biotopverbund. Hierbei handelt es sich in der Regel um ehemalige Feuchtgebiete, die zumeist noch Reste des ursprünglichen Arteninventars besitzen (Quelle: Biotopkartierung, Schutzgebietssystem Natura 2000) und sich wegen ihres natürlichen Standortpotenzials (Kartierung der Moorstandorte nach GÖTTLICH) für die Entwicklung von Ausgleichsflächen besonders eignen (Landschaftsrahmenplan Bodensee-Oberschwaben, in Bearbeitung).
(Standort Nr. 19, 20, 23, 32, 33, 42, 50, 59)
- Standorte in regional bedeutsamen Frischluftkorridoren (Klimaschutz).
(Standort Nr. 14 - Ergebnis der Umweltverträglichkeitsuntersuchung zur Neuen Messe Friedrichshafen)
- Standorte auf natürlichen Retentionsflächen. Im Sinne eines vorbeugenden Hochwasserschutzes sollen auch aufgrund landespolitischer Zielsetzungen (u.a. LEP 2002, Umweltplan 2007) Standorte auf natürlichen Retentionsflächen, wie z.B. in Niederungs- und Auebereiche mit geringen Grundwasserflurabständen ausgeschlossen werden (Landschaftsrahmenplan Bodensee-Oberschwaben, in Bearbeitung).
(Standorte Nr. 32, 33, 51 - 52, 55, 56, 59)
- Standorte in den äußeren Zonen von rechtskräftigen und fachtechnisch abgegrenzten Wasserschutzgebieten. Obwohl hier entsprechend den Regelungen der jeweiligen Schutzgebietsverordnung die Errichtung baulicher Anlagen zugelassen werden kann, sollen angesichts des hohen Gefährdungspotenzials, das mit der Errichtung und dem Betrieb des geplanten Materialwirtschaftszentrums nebst Produktionsstätten verbunden ist, Standorte auch in den äußeren Schutzzonen der WSG ausgeschlossen werden.
(Standorte Nr. 17, 24, 26, 27, 29, 43, 57)

Im Ergebnis verbleiben **10 Standorte**, die als "vernünftige" Standortalternativen im Sinne der geplanten Maßnahme sowie der Zielsetzungen der Raumordnung gelten können und daher vertieft untersucht wurden. Die Lage dieser Standortalternativen ist in Abb. 2 sowie in Anlage 1 (Umweltbericht) kartographisch dargestellt.

Hinweis: Näheres zu den im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach § 12 Abs. 2 und 3 LplG genannten Standortvorschlägen "Werksgelände Stora Enso" in Baienfurt (Nr. 64) und "Kressbronn-West" (Nr. 65) siehe auch Behandlung der Anregungen in der Sitzung der Verbandsversammlung am 03.04.2009 (Nr. 6.001, 6.002, 6.102 und 6.106).

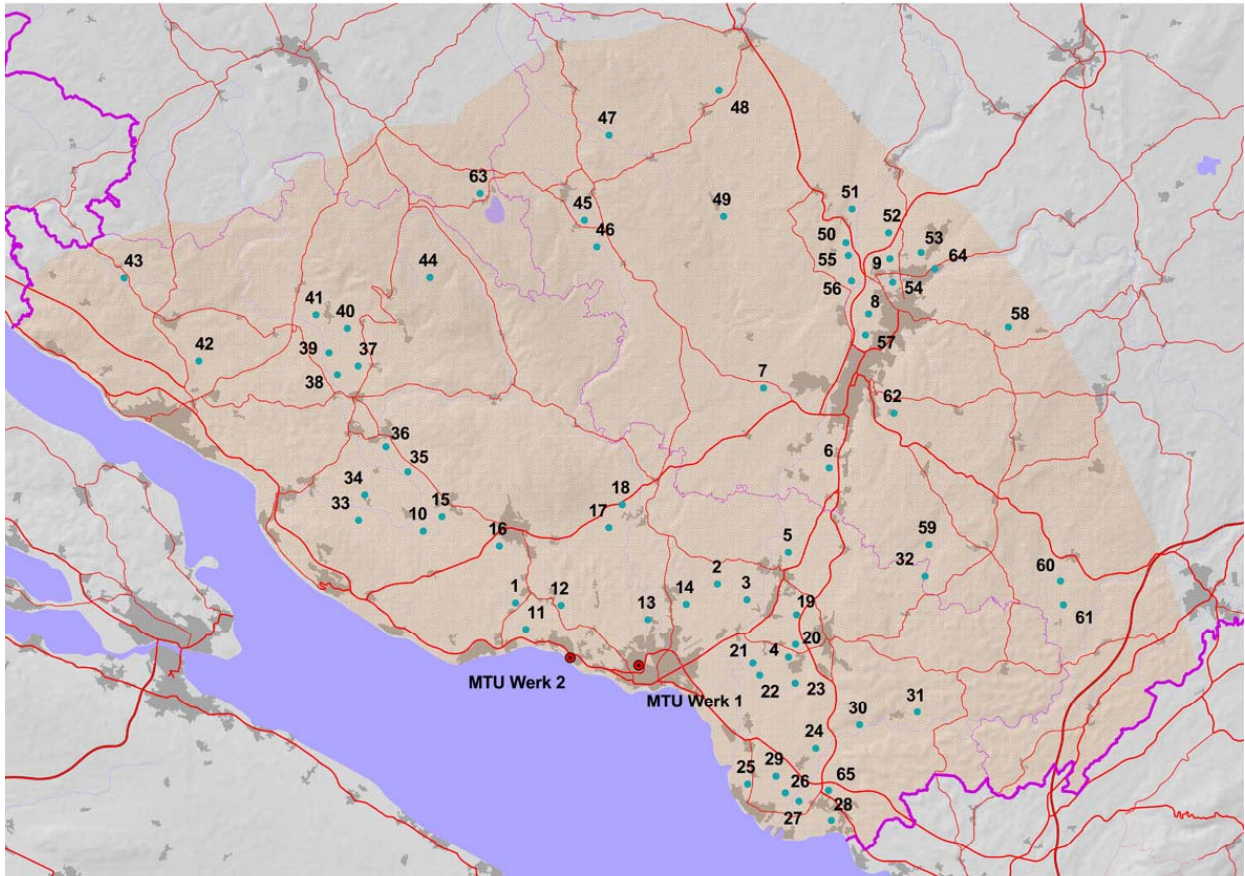


Abb. 1: Standortalternativen nach dem ersten Schritt der raumordnerisch begründeten Vorauswahl.

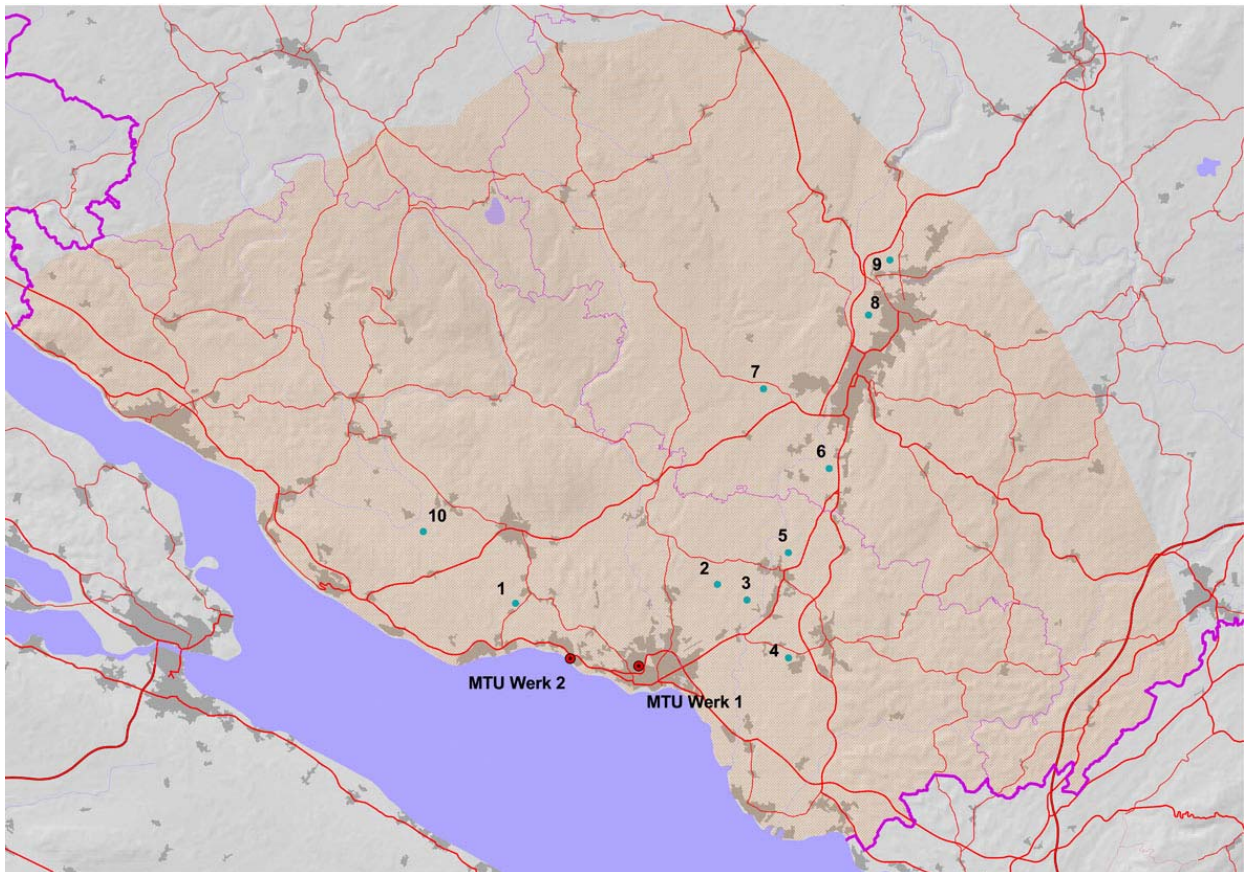


Abb. 2: Standortalternativen nach dem zweiten Schritt der raumordnerisch begründeten Vorauswahl.

4.2 Vergleich und Bewertung der vertieft zu untersuchenden Standortalternativen

(s. auch Anlage 1 und 2)

(1) Strategische Umweltprüfung (s. Umweltbericht in Anlage 1): Mit der Prüfung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen und der vergleichenden Bewertung der 10 vertieft zu untersuchenden Standortalternativen wurde das Ingenieurbüro Dipl.-Ing. B. Stocks Umweltsicherung und Infrastrukturplanung, Tübingen beauftragt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind in Kap. 2.4 des Umweltberichts, der gem. § 2a Abs. 1 LplG Bestandteil dieser Begründung ist, zusammenfassend dargestellt und bewertet (**Zusammenfassende Erklärung** gem. § 2a Abs. 6 Ziff. 1 LplG). Dabei kommt der Gutachter unter Berücksichtigung aller umweltrelevanten Schutzgüter zu folgender abschließenden Bewertung:

Der Standort Nr. 1 / Kluftern - Süd kann aus umweltfachlicher Sicht im Vergleich zu den im regionalen Kontext untersuchten Alternativstandorten zur weiteren Beplanung empfohlen werden. Der Standort Kluftern stellt - ohne die in der Tat gegebenen, in Teilen als kritisch einzustufenden umweltrelevanten Wirkungen in Abrede zu stellen - in der Gesamtschau die vergleichsweise geeignetste Standortwahl dar. Diese Einschätzung setzt jedoch die Berücksichtigung der formulierten Maßgaben / Vorschläge zur Vermeidung / Minimierung von Konflikten voraus (s. Kap. 5).

Die im Vergleich zu den anderen Alternativstandorten positive Bewertung des Standorts Kluftern bezieht auch aus umweltfachlichen Überlegungen die Tatsache mit ein, dass dieser Standort die deutlich geringste Entfernung zum MTU-Werk 2 aufweist, da zwischen diesen beiden Orten voraussichtlich etwa 75 % des betriebsinternen Verkehrs abgewickelt wird (vgl. Anlage 2, S. 4). Unter Berücksichtigung der Ortsdurchfahrten zeigt diese räumliche Nähe deutlich positive Wirkungen zugunsten der Umwelt (hier insbesondere auf das Schutzgut "Mensch") als die anderen Planungsalternativen (Näheres s. Anlage 1, S 81 ff).

Ohne Berücksichtigung dieses Aspektes schneidet der Standort Nr. 7 Ravenburg-West am günstigsten ab und die Standorte Nr. 5 Meckenbeuren-Nord und Nr. 6 Ravensburg-Süd zeigen in der Summe etwa gleiche Wirkungen auf die Umwelt. Der Standort Nr. 9 Baienfurt, der bei vielen Schutzgütern positiv beurteilt wird, muss allerdings wegen der zu erwartenden Konflikte mit den Belangen des Grundwasserschutzes (Anlage 1, S. 50) als insgesamt ungeeignet bewertet werden. Die restlichen Standorte wurden ebenfalls als ungeeignet eingestuft (Näheres zur zusammenfassenden Bewertung der Umweltauswirkungen s. Anlage 1, S. 99 ff).

Die Hinweise und Anregungen aus den Beteiligungsverfahren gem. §12 Abs. 2 und 3 wurden fachlich geprüft. Sie brachten jedoch keine neuen Erkenntnisse, die Anlass für eine Neubewertung der Planungsalternativen geben würden (Näheres s. Behandlung der Anregungen in der Sitzung der Verbandsversammlung am 03.04.2009, Nr. 5.001 ff und Nr. 5.101 ff).

(2) Beurteilung der verkehrstechnischen Belange: Aufgrund der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur kann bei allen zehn untersuchten Planungsalternativen davon ausgegangen werden, dass die Verkehrsanbindung des geplanten Gewerbegebietes grundsätzlich möglich ist. Auch kann davon ausgegangen werden, dass das vorhandene Straßennetz die zusätzlichen Verkehre grundsätzlich aufnehmen kann, da diese in Relation zu den bereits vorhandenen Verkehrsmengen von untergeordneter Bedeutung sind. Mögliche Problempunkte können daher auf der Ebene der nachfolgenden Verfahren gelöst werden.

Wie in Anlage 2 Kap. 2 dargestellt und bereits angesprochen ist, zeigt der Standort Kluftern-Süd die geringste Entfernung zum Stammwerk 2 in Manzell (6,5 km), was sich auch in der voraussichtlichen Fahrzeit ausdrückt (11 min). Demgegenüber ist bei den am weitesten entfernt liegenden Standorten mit einer Fahrtzeit von etwa 40 - 50 Minuten zu rechnen. Nicht nur aus Gründen des Umweltschutzes, sondern auch aus Gründen des allgemeinen öffentlichen Inte-

resses (zusätzliche Verkehrsbelastung der Straßen) und der betrieblichen Erfordernisse ist der Standort Kluftern-Süd von allen Planungsalternativen in diesem Punkt eindeutig als bester Standort zu bewerten.

Hinsichtlich der **Anbindungsmöglichkeit an die Schiene** zeigt sich allerdings ein etwas anderes Bild (Anlage 2 Kap. 3): Nur die Standorte Nr. 5 Meckenbeuren-Nord und Nr. 8 Weingarten sowie mit Einschränkung die Standorte Nr. 3 Kehlen und Nr. 9 Baienfurt bieten grundsätzlich gute Voraussetzungen für einen Gleisanschluss. Bei den Standorten Nr. 1 Kluftern-Süd und Nr. 10 Ahausen ist eine direkte Anbindungsmöglichkeit an die Schiene nur mit sehr hohem Aufwand zu realisieren. Bei den restlichen vier Standorten scheidet eine solche Lösung grundsätzlich aus (Topographie, Entfernung).

(3) Beurteilung der bauleitplanerischen und raumordnerischen Belange: Die Prüfung der bauplanungsrechtlichen Situation (Anlage 2 Kap. 1) ergibt, dass bei nur zwei Standorten zumindest für ein Teilgebiet die planungsrechtlichen Voraussetzungen auf der Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung gegeben sind (Standort Nr. 4 Bürgermoos und Standort Nr. 9 Baienfurt). Bei den restlichen Flächen handelt es sich in der Regel um reine Landwirtschaftsflächen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass von diesen acht Standorten nur im Falle Kluftern-Süd eine direkte Anbindung an ein bereits bestehendes Gewerbegebiet erfolgen kann, mit Einschränkung ist eine Anbindung beim Standort Nr. 3 Kehlen möglich. Alle anderen Standorte stehen in keinem baulichen Zusammenhang mit ihrer Umgebung; eine Tatsache, die aus grundsätzlichen städtebaulichen Erwägungen negativ beurteilt werden muss (s. auch § 35 Abs. 3 Ziff. 7 BauGB - Bauen im Außenbereich).

Hinsichtlich der Betroffenheit raumordnerischer Zielsetzungen ist insbesondere festzuhalten, dass der Standort Kluftern-Süd als einziger der zehn abschließend untersuchten Planungsalternativen im raumordnerisch bestimmten **Uferbereich** des Bodensees liegt, für den in Plansatz 1.2 des Regionalplans 1996 als Ziel festgelegt ist: "Im Uferbereich des Bodensees ist die Siedlungsentwicklung auf geeignete seeabgewandte Standorte in den Ufergemeinden, vorrangig aber in Siedlungsbereiche angrenzender Räume der Region zu lenken." Diese Zielsetzung, die sich im wesentlichen mit Plansatz 6.2.4 des Landesentwicklungsplans 2002 deckt, zeigt eine gewisse Präferenz zugunsten von Standorten im angrenzenden Hinterland des Bodensees, eine Siedlungsentwicklung innerhalb des Bodenseeuferebereichs ist aber auf keinen Fall ausgeschlossen. Demgegenüber sind in Plansatz 2.3.2 des Regionalplans die Stadt Friedrichshafen und mit ihr auch der Ortsteil Kluftern als **Siedlungsbereich** ausgewiesen, für den gilt "In den Siedlungsbereichen sind qualifizierte Arbeitsplätze für die Bevölkerung im Einzugsgebiet sowie ... anzustreben." Ferner weist der Landesentwicklungsplan in Plansatz 2.5.8 Friedrichshafen / Ravensburg / Weingarten als **Oberzentrum** aus. Hierzu wird ausgeführt "Oberzentren sollen als Standorte großstädtischer Prägung die Versorgung eines Verflechtungsbereichs von mehreren hunderttausend Einwohnern (in der Regel die Region) mit hoch qualifizierten und spezialisierten Einrichtungen und Arbeitsplätzen gewährleisten."

Fazit: Vergleicht man die Standortalternativen unter Berücksichtigung aller raumordnerisch relevanten Gesichtspunkte, dann zeigt sich, dass keine Standortalternative im Vergleich zu Kluftern-Süd in der Summe als geeigneter bewertet werden kann. Trotz seiner Nähe zum Bodensee (Luftlinie ca. 2,1 km) steht der Standort Kluftern-Süd nicht im Widerspruch zu den Zielsetzungen des Landesentwicklungsplans 2002 sowie des Regionalplans 1996 (s.o.). Im Vergleich mit den anderen Standortalternativen schneidet er auch hinsichtlich der möglichen Auswirkungen auf die Umwelt vergleichsweise gut ab. Für den Standort Kluftern-Süd spricht aber vor allem die räumliche Nähe zu den Stammwerken der MTU, die nicht nur aus grundsätzlichen umweltfachlichen Erwägungen, sondern auch aus verkehrlichen und betrieblichen Überlegungen eindeutig positiv zu bewerten ist. Die Integrationsmöglichkeit in bzw. an ein vorhandenes Gewerbegebiet, die nur bei drei Standorten gegeben ist, spricht ebenfalls für Kluftern-Süd. Nur beim Gesichts-

punkt der direkten Anbindung des Materialwirtschaftszentrums an die Schiene sind andere Standorte besser zu bewerten. Wie in der Anlage 2 Kap. 3 ausgeführt, stellt diese theoretische Option allerdings keine realistische Alternative dar.

5 Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen gem. § 2a LplG, Anlage 1 Ziff. 2c (s . auch Anlage 1)

Wie in Kap. 3 des Umweltberichts näher ausgeführt wird, kann die vergleichsweise positive Bewertung der Umweltauswirkungen nur dann erzielt werden, wenn die bisherige Planung der Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen / Immenstaad so modifiziert wird, dass eine Inanspruchnahme

- der bisher innerhalb des Standortes liegenden Waldflächen des Waldgebietes Moos,
- der unmittelbar nördlich an diese Waldflächen angrenzenden Flurflächen,
- der südlich des Wirtschaftsweges, der der Erschließung des Reiterhofes dient, gelegenen Flurflächen (Feuchtgrünland)

bei der Standortentwicklung vermieden oder weitgehend minimiert wird. Voraussetzung hierfür ist eine von den bisher vorliegenden Überlegungen zum Flächenlayout abweichende Zuordnung bzw. Gliederung der beabsichtigten Nutzungen (Näheres s. Umweltbericht, S. 103 ff).

Aufgrund der im Umweltbericht vorgeschlagenen Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen wurde die Zurücknahme des Regionalen Grünzugs sowie des Vorranggebiets für Naturschutz und Landschaftspflege gegenüber dem Antrag der Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen / Immenstaad verringert. Zudem wurden zwecks Kompensation der Inanspruchnahme dieser Flächen eine Grünzäsur südlich der Ortslage Kluftern sowie zusätzliche Vorranggebietsflächen festgelegt (s. Text- und Kartenteil dieser Regionalplanänderung).

Das ursprünglich geplante interkommunale Gewerbegebiet reduziert sich aufgrund der vorgeschlagenen Maßnahmen zu Vermeidung und Minimierung der Umweltauswirkungen von ursprünglich 27 ha auf eine Fläche von insgesamt 20,5 ha.

6 Monitoring (s . auch Anlage 1)

Gem. § 2a Abs. 6 Ziff. 2 LplG enthält die Begründung des Regionalplans auch eine Zusammenstellung der Maßnahmen, die zur Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen bei der Verwirklichung des Plans durchgeführt werden sollen. Im Einvernehmen mit der Höheren Raumordnungsbehörde wurde festgestellt, dass sich dieses Monitoring im vorliegenden Fall darauf beschränken muss, die Berücksichtigung der im Umweltbericht vorgeschlagenen Vermeidungs- und Minimierungsstrategien auf den nachfolgenden Planungsebenen zu überprüfen.